

Entscheidungen der Kreistage akzeptieren – Nationalparkkampagne in OWL beenden

1. Für die FDP Nordrhein-Westfalen ist klar: Umfassende Eingriffe in die Nutzungsmöglichkeiten von Natur und Umwelt wie die Ausweisung eines Nationalparks erfordern die Akzeptanz der Menschen vor Ort. Ohne Unterstützung der direkt betroffenen Kommunen und Kreise kann ein Nationalpark nicht erfolgreich sein.
2. Die schwarz-grüne Landesregierung hingegen hat zur Ausweisung eines zweiten Nationalparks in NRW ein unausgegrenztes Verfahren vorgestellt, bei dem noch immer nicht klar ist, an welcher Stelle maßgebliche Entscheidungen getroffen werden sollen. Die NRW-FDP fordert die Landesregierung, den Umweltminister und Ministerpräsident Wüst auf, Beschlüsse von Kreistagen, die sich gegen einen Nationalpark auf ihrem Kreisgebiet aussprechen, zu akzeptieren und Maßnahmen zu unterlassen, die dort die Einrichtung eines Nationalparks zum Ziel haben.
3. Über 3 Mio. Euro sind im Landeshaushalt für begleitende Kommunikationsmaßnahmen im Zuge der Ausweisung eines zweiten Nationalparks vorgesehen. Die NRW-FDP spricht sich gegen eine Verwendung dieser Mittel in den Regionen aus, die einen Nationalpark bereits abgelehnt haben: Keine Steuergelder zur Finanzierung von Werbekampagnen der Grünen.